



DENIZ DIREKT

Newsletter für Delmenhorst

Ende April besuchten mich drei Delmenhorster Schüler als „Zukunftstagsabgeordnete“ in Hannover. Die SPD-Fraktion hatte für Schüler aus Niedersachsen im Landtag wieder „**Politik zum Anfassen**“ vorbereitet. Insgesamt 96 Schüler erlebten, wie ein Landesparlament wirklich funktioniert. Es wurden von ihnen Fraktionen gegründet, Anträge gestellt und verhandelt. Die Anträge der Schüler haben mir gezeigt, dass sich junge Menschen sehr wohl mit Politik auseinandersetzen.



Anfang Mai fand in Delmenhorst ein von Rechtspopulisten organisierter sogenannter „Frauenmarsch“ statt. Wir haben mit vielen Menschen aus verschiedenen Parteien und Institutionen auf der Hotelwiese in einer Gegenkundgebung ein **Zeichen gegen Hass und für Toleranz** gesetzt und deutlich gemacht,

dass wir es nicht dulden, wenn versucht wird, aus Gewaltverbrechen politisches Kapital zu schlagen.



Erfreuliche Informationen hat die Stadt Delmenhorst in der vergangenen Woche erhalten: Zum 1. August 2018 wird in Delmenhorst ein „**Regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule**“ (RZI) eingerichtet. Mit dem RZI soll die Umsetzung der inklusiven Schule in den niedersächsischen Regionen noch besser unterstützt werden. Sie sollen beraten, aber auch den Einsatz des sonderpädagogischen Personals vorbereiten. Hierzu arbeiten die RZI eng mit den Förderschulen und den allgemeinen Schulen zusammen. Gerade weil wir gesellschaftlich insgesamt noch nicht da stehen, wo wir eigentlich müssten, begrüße ich die Einrichtung sehr. Damit werden wir bei der Umsetzung der inklusiven Schule in unserer Stadt weitere Fortschritte machen.

DENIZ DIREKT

Newsletter für Delmenhorst

Bei der **Klausurtagung des Arbeitskreises Innenpolitik** der SPD-Landtagsfraktion im Heidekreis konnten sich die Abgeordneten unter anderem bei der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Bad Fallingbostel ein Bild zur aktuellen Situation zur Flüchtlingsaufnahme direkt vor Ort verschaffen. Die Registrierung und Unterbringung von Geflüchteten funktioniert mittlerweile reibungslos, davon konnten wir uns vor Ort überzeugen.



Vor dem langen Pfingstwochenende standen in dieser Woche drei Plenartage auf dem Programm.

In dieser Woche haben wir unter anderem über den Entwurf zur Änderung des sogenannten *Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze* diskutiert. Der Gesetzesentwurf verfolgt das Ziel, einen ausgewogenen **Kompromiss zwischen Sicherheitsinteressen und Grundrechtsschutz** zu schaffen. Inhaltlich geht es um neue Befugnisse zur Straftatenverhütung, welches sich insbesondere auf die aktuelle Gefahr von terroristischer Straftaten bezieht. So wird sichergestellt, dass Niedersachsen auch weiterhin ein sicheres und freies Bundesland bleibt.

Auch die **angemessene Unterstützung von Betreuungsvereinen** war eines unserer zahlreichen Themen im Plenum. Betreuungsvereine, die Menschen rechtlich vertreten, die unter Vormundschaft stehen, erhalten Landesmittel. Diese sind in der Vergangenheit nicht hinreichend aufgestockt worden. Deshalb sind Betreuungsvereine bereits in eine wirtschaftliche Schieflage geraten. Von Landesseite soll es deshalb künftig mehr Mittel für diese Betreuungsvereine geben. Außerdem wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Berufsbetreuervergütungen erhöht werden. Die letzte Anpassung ist bereits 13 Jahre her. Eine **Erhöhung der Vergütungen** ist daher dringend überfällig. Damit stärken wir Berufsbetreuer und Betreuungsvereine gleichermaßen.



Am Rande des Plenums blieb auch noch Zeit, um gemeinsam mit Delmenhorster Überraschungsbesuchen ein Foto zu machen. V.l. Hartmut und Lotte Nordbruch, Deniz Kurku und Timo von den Berg.